



# Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 19. April 2023 |

Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

der Auftakt der Sitzungswoche stand in meinem Arbeitsgebiet der Außenpolitik im Zeichen der breiten Irritationen über die Einlassungen des französischen Staatspräsidenten Emanuel Macron zum Taiwan-Konflikt auf dem Rückflug seines China-Besuchs. Seine Rede an einer Universität im Nachgang setzte den Schwerpunkt wiederum auf das, worum es ihm nach eigener Darstellung hauptsächlich geht: eine europäische Souveränität und die Kraft zur Selbstbehauptung im Konzert der internationalen Mächte. Mich hat das stark an Jean-Claude Junkers Forderung zur „Weltpolitikfähigkeit der Europäischen Union“ erinnert. Europäische Souveränität und Weltpolitikfähigkeit - beides bleibt eine wichtige Zukunftsforderung, auf die wir mit voller Kraft hinarbeiten müssen. Als Außenpolitiker ist es jedoch meine Aufgabe, unterstützenswerte Ideale und Zukunftsforderungen am Maßstab der gegenwärtigen Realitäten einer kritischen Würdigung zu unterziehen. Die Realität Europas heute: In einem Epochenbruch und einer Zeitenwende, die auf europäischem Boden durch militärische Aggressionen Russlands und ihren Angriffskrieg gegen die Ukraine ausgelöst wurde, ist der stärkste Beitrag zur Sicherheit und Stabi-

lität in der europäischen Region auf das Engagement der USA zurückzuführen. Von einem politisch versierten Staatspräsidenten muss erwartet werden, dass er bei seinen außenpolitischen Äußerungen Kontext, Umstände und äußere Bedingungen hinreichend in Bezug nimmt, bevor er so pointierte Aussagen trifft, die eine Äquidistanz zu den USA und China andeuten. Ich halte das auf mehreren Ebenen für falsch und gefährlich. Ohne den Einsatz und die Waffenlieferungen aus den USA wäre die Ukraine nicht nur in ihrer Verteidigungsfähigkeit erheblich gemindert, sondern auch die Abschreckungsfähigkeit der NATO deutlich reduzierter. Wenn man diesen Irrungen und Wirrungen etwas Positives abgewinnen kann, so ist es das Aufzeigen der Notwendigkeit einer China-Strategie auf nationaler und europäischer Ebene. In dieser Woche hat unsere Fraktion dazu ein Positionspapier beschlossen. Im Gegensatz zu den Diskussionen innerhalb der chronisch zerstrittenen Ampel-Koalition steht unser Beitrag für außenpolitische Handlungsfähigkeit. Darüber hinaus in dieser Woche relevant: Eine Aktuelle Stunde zum Weiterbetrieb der Kernkraft in Krisenzeiten sowie die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses Warburg.

Herzlichst, Ihr Markus Koob



## Schwerpunkte dieser Ausgabe

- Für eine deutsche China-Strategie
- Leitantrag der CDU/CSU: Untersuchungsausschuss zu Warburg
- Weiterbetrieb der Kernkraft in Krisenzeiten
- Gute Nachricht der Woche: Rekord bei Installationen neuer Solaranlagen

## Unionsvorschlag zur neuen China-Politik

In der Fraktionssitzung am Dienstag hat meine Fraktion ein Positionspapier mit dem Titel „Souveränität aus eigener Stärke – Eckpfeiler einer neuen China-Politik“ beschlossen. In der Einleitung heißt es: „Der Aufstieg des kommunistischen Chinas ist die zentrale, epochale Herausforderung des 21. Jahrhunderts für alle Staaten, die die regelbasierte internationale Ordnung erhalten, stärken und stützen wollen“. Auf 28 Seiten beschreiben wir das komplexe, vielschichtige und dialektische Verhältnis mit China und fordern klare Schlussfolgerungen mit Blick auf die veränderten weltpolitischen Ambitionen Chinas.

**Standpunkt:** *China ist ein außenwirtschaftlicher Partner und ein entscheidender Global-Player, auf dessen Beitrag es in weltumspannenden Herausforderungen wie Klima, Krieg und Krisen ankommen wird. China ist aber auch ein systemischer Konkurrent und Rivale. Dabei müssen wir mit Klarheit auf die veränderte chinesische Rolle in der Welt eingehen und diese klar benennen. China hat seit 2013 an einer konsequenten Hegemonialstrategie gearbeitet und diese politisch, gesellschaftlich, wirtschaftlich vorangetrieben und militärisch abgesichert. Das strategische Verhältnis zu China vor diesem komplexen Hintergrund zu bestimmen, ist eine der zentralen außenpolitischen Aufgaben unserer Zeit. Aus meiner Sicht braucht es dafür vor allem einen breiten nationalen Konsens. •*

## Untersuchungsausschuss zur Steueraffäre Warburg.

Das Agieren der Freien und Hansestadt Hamburg unter der Verantwortung des damaligen Ersten Bürgermeisters, späteren Bundesfinanzministers und jetzigen Bundeskanzlers Olaf Scholz in der Steueraffäre um die M.M.Warburg & CO Bank wirft schwerwiegende Fragen und Widersprüche auf. Um diese aufzuklären, hat die Unionsfraktion in dieser Woche die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses beantragt.

**Standpunkt:** *Wir haben die aus unserer Sicht besonders klärungsbedürftigen Fragen formuliert und erhoffen uns nun im weiteren Verfahren einen Erkenntnisgewinn. Warum wollte einzig Hamburg Ansprüche aus zu Unrecht erhaltenen Kapitalertragssteuererstattungen aus Cum-Ex-Geschäften verjähren lassen, und wer trägt Verantwortung für etwaige politische Entscheidungen mit erheblichen finanziellen Folgen? Unklar scheint bis zur Stunde, ob von politischer Seite Einfluss genommen auf die Meinungsbildung in den hamburgischen Behörden in Sachen Steuerrückforderungen gegen die M.M.Warburg & CO Bank genommen wurde. Schließlich muss auch kritisch hinterfragt werden, ob der heutige Bundeskanzler der Öffentlichkeit, den Abgeordneten des Bundestages und denen der Hamburger Bürgerschaft die Wahrheit gesagt hat. Geht es bei Erinnerungslücken um einen tatsächlichen oder um einen taktischen Erinnerungsverlust? •*

## Weiterbetrieb der Kernkraft in Krisenzeiten

**A**m 15. April 2023 sind die letzten drei deutschen Kernkraftwerke vom Netz gegangen. Die Strompreise in Deutschland gehören schon jetzt zu den höchsten aller Industrieländer. Verbraucher und Industrie ächzen unter hohen Energiekosten. Experten erwarten, dass die infolge des russischen Angriffskriegs aufgetretene Energiekrise zumindest bis zum Winter 2023/2024 anhalten wird und die Herausforderungen in der kommenden kalten Jahreszeit eher größer sein werden als in der zurückliegenden. Statt Kernkraft wird in Deutschland verstärkt Stein- und besonders klimaschädliche Braunkohle zur Stromerzeugung genutzt. Zudem wird Strom importiert, u.a. aus französischen Kernkraftwerken und polnischen Braunkohlekraftwerken.

**Standpunkt:** Ein befristeter Weiterbetrieb der Kernkraftwerke bis zum Ende der infolge des russischen Angriffskriegs aufgetretenen Energiekrise wäre die richtige Antwort gewesen. Die Entscheidung der Bundesregierung zum Aus für Kernkraft ist in der jetzigen Lage falsch. Ein befristeter Weiterbetrieb wäre ein wichtiger Beitrag, um Versorgungssicherheit, preisliche Wettbewerbsfähigkeit, den Erhalt von Industriearbeitsplätzen und einen effektiven Klimaschutz gleichermaßen zu gewährleisten. Entgegen ihren Beteuerungen unternimmt die Bundesregierung nicht alles, um sicher durch den nächsten Winter zu kommen. Im

Gegenteil: Mit ihrer ideologischen Energiepolitik gefährdet sie Arbeitsplätze, Versorgungssicherheit und Klimaschutz. •

### Die Zahl der Woche:

## 87.777 Asylanträge im ersten Quartal 2023

Im Nachgang zur Kommunalkonferenz der CDU/CSU vor einigen Wochen, an der auch zahlreiche Bürgermeister aus meinem Wahlkreis teilnahmen, wurde diese Zahl der neuen Asylanträge im ersten Quartal 2023 bekannt. Anders als im letzten Jahr steht aber dabei nicht Ukraine als Herkunftsland im Vordergrund, sondern Syrien, Afghanistan und Türkei.

### Die gute Nachricht der Woche:

## Rekord bei Installationen neuer Solaranlagen.

Aus einer Untersuchung des Berliner Start-ups Enpal gehen erfreuliche Zahlen hinsichtlich des gesellschaftlichen Beitrags zur Energiewende hervor: Mehr als 60.000 Fotovoltaikanlagen wurden im Januar neu installiert. Das ist ein neuer Monatsrekord und zugleich eine Verdreifachung im Vergleich zum Vorjahr. Im Februar kamen noch einmal etwa 46.700 Einheiten hinzu. Damit wurde in den ersten beiden Monaten von 2023 bereits knapp ein Drittel der gesamten Neuinstallationen des Vorjahres erzielt. Um unsere Klimaziele für 2030 zu erreichen, muss allerdings diese positive Dynamik noch weiter verstärkt und unterstützt werden. •